

# Amer Tageblatt

## Anzeiger für das Erzgebirge

Angabe des Preises für die Abgabe des Blattes...  
Preis für den Abnehmer...  
Preis für den Einzelnen...

Bezugspreis: durch unsere Boten...  
Telegramme: Tageblatt Erzgebirge.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt Aue. / Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1499.

Nr. 231

Montag, den 3. Oktober 1921

16. Jahrgang

### Das Wichtigste vom Tage.

Am amerikanischen Senat sollen die Verhandlungen über den Friedensvertrag mit Deutschland am 14. Oktober beginnen.

Der Dollarkurs ist nach kurzem Sinken am Sonnabend wieder erheblich gestiegen.

Eine Abordnung der Saarländer will dem Völkerbund die Wirtschaftskomitee des Saargebietes vortragen und beschweren über die ihnen zuteil werdende Behandlung anbringen.

Der frühere König von Württemberg ist gestern vormittag im Alter von 73 Jahren gestorben.

### Die Last der Besatzungskosten.

M. Eine interessante Zusammenstellung hat für die französische Zeitung Le Temps über die von den einzelnen Entente-Staaten vorausgesetzten Besatzungskosten veröffentlicht. Nach dem Temps stellen sich die Besatzungskosten vom 11. November 1918, also vom Tage des Waffenstillstandes, ab bis zum 1. Mai 1921 folgendermaßen:

Amerika	278,6 Mill. Dollar,
Frankreich	2304,8 Mill. Franken,
England	52,9 Mill. Pfund,
Belgien	378,7 Mill. belg. Franken,
Italien (Oberschlesien)	15,2 Mill. fr. Fr.

Das ergibt zusammen in Mark umgerechnet die ungeheure Summe von 69,26 Milliarden Mark. Auch über die Höhe der Tageskosten für einen Mann der Besatzung veröffentlicht der Temps, auf authentisches Material gestützt, Bismarck, die folgenden Bild ergeben:

1 Amerikaner	4 1/2 Dollars = 450 Mk.
1 Franzose	15 1/2 Frank = 114 Mk.
1 Engländer	14 Schilling = 280 Mk.
1 Belgier	16 1/2 Frank = 124 Mk.
1 Italiener	22 Frank = 165 Mk.

Diese annähernd 70 Milliarden Papiermark würden, wenn man das Verhältnis der Goldmark zur Papiermark mit 1:20 annimmt, die Summe von 3 1/2 Milliarden Goldmark ergeben, die in 2 1/2 Jahren verbraucht worden sind. Auf das Jahr erhalte sich also eine Ausgabe für Besatzungskosten von 1,4 Milliarden Goldmark. Diese Aiffer sei in Vergleich gestellt mit den 250 Millionen Goldmark, von denen anfänglich der Londoner Besprechungen im März die Rede war, als der Summe, auf die man die gesunkenen von Deutschland zu zahlenden jährlichen Besatzungskosten zu beschränken gedachte. Zu diesen 70 Milliarden oder 3 1/2 Goldmark Milliarden müssen aber noch diejenigen Milliardenbeträge gerechnet werden, die Deutschland selbst aus der Reichskasse für Besatzungskosten aufzubringen hat, also die Ausgaben für Kasernenbauten, Bereitstellung von Eserzierplätzen, Neubauten für verheiratete Truppenangehörige, Entschädigungen für beschlagnahmte Wohnräume usw., die den deutschen Reichshaushalt für 1921 mit rund 8 1/2 Milliarden belasten.

Aus der Zusammenstellung der Tageskosten für einen Mann der Besatzung ergibt sich, daß sich die Kosten am höchsten für einen Amerikaner stellen. Rechnet man mit 150 Mark Durchschnittskosten für den Mann und den Tag, so würde sich hieraus eine jährliche Last von 54 750 Mark für einen Entente-Soldaten im besetzten Gebiet ergeben. Da dieser Zustand nicht andauern kann, sowohl im Interesse Deutschlands als auch der Ententestaaten, liegt auf der Hand. Man wird also die Besatzung auf ein Mindestmaß verkleinern müssen. 1 1/2 Milliarden Goldmark jährlich für Besatzungskosten zahlen und die Reparationsforderungen erfüllen, ist für Deutschland ein Ding der Unmöglichkeit. Die Reparation allein übersteigt unsere Kräfte, muß Deutschland und ganz Europa zwangsweise zum Ruin treiben. Und angesichts dieser Tatsache, die von den nächsten Wirtschaftspolitikern der ganzen Welt längst erkannt ist, die Summen, die Deutschland aufbringen kann, für das unproduktive Schmaroderdasein der Besatzung und die Rheinlandpolitik Frankreichs zu verschleudern, ist ein verbrecherischer Irrsinn. So hat statt zum Wiederaufbau der Welt und der zerstörten Gebiete Verwendung zu finden, die am 31. August von Deutschland bezahlte 1 Milliarde Goldmark tatsächlich nur zur Deckung der Besatzungskosten dienen müssen. Die Erkenntnis von der Unhaltbarkeit dieser Zustände scheint sich allmählich auch in Entente-Kreisen durchzusetzen. Aus England, wo man das Rechnen nicht verlernt hat, kamen wiederholt Stimmen, die eine Einschränkung dieser Ausgaben forderten. Auch in Italien ist man der gleichen Meinung. Die Wallländer Stampa vom 22. September kritisiert die hohen Be-

satzungskosten in schärfster Form und wendet sich dagegen, daß man Deutschland ständig wachsende Besatzungskosten auferlege, statt ihm die Befreiung der Reparation zu erleichtern. Im Oktober sollen ja in Brüssel Verhandlungen unter den Alliierten beginnen, die dem Problem der Beschränkung dieser Ausgaben ernstlich zu Leibe gehen. Angesichts des stark erschütterten wirtschaftlichen und finanziellen Gleichgewichts in Europa ist dringend zu wünschen, daß diese Verhandlungen bald stattfinden und zu einem positiven Abschluß gebracht werden.

### Oberschlesien - unsere größte Sorge

N. Wenn nicht alle Belsten trügen, so dürfte die Entscheidung in der ober-schlesischen Frage, soweit sie der Völkerbundsrat zu fällen hat, in absehbarer Zeit erfolgen. Ein bestimmter Zeitpunkt kann allerdings heute noch nicht genannt werden, auch wenn englische und französische Blätter derartige Daten schon mitteilen. Die deutschen und die polnischen Vertreter der ober-schlesischen Industrie und der ober-schlesischen Arbeiterschaft sind zwar in Genf vernommen worden, aber wir wissen noch nicht, ob der Völkerbundsrat damit seine Bestellungen als abgeschlossen erachtet. Sollte das der Fall sein, so ist das insofern zu bedauern, als von deutscher, ebensowohl aber auch von polnischer Seite mehrfach der Wunsch zum Ausdruck gebracht worden ist, der Völkerbundsrat möge an Ort und Stelle selbst seine Untersuchungen anstellen. Dadurch würde er die Möglichkeit gewinnen, Oberschlesien als lebendiges Problem zu betrachten, und bei einer Prüfung in Oberschlesien selbst würde auch der Völkerbundsrat, daran kann gar nicht gezweifelt werden, zu der Entscheidung kommen müssen, daß Oberschlesien nicht geteilt werden kann. Wie die Dinge nun jetzt liegen, muß, so oder so, mit einer baldigen Entscheidung gerechnet werden. Das macht uns zur Pflicht, daß wir uns alle wieder darauf besinnen, daß, um ein Wort des Reichskanzlers zu gebrauchen, Oberschlesien unsere größte Sorge ist. Was sind alle parteipolitischen Kämpfe gegen die Entscheidung über Oberschlesien. Und alle Verhandlungen über Reglerungsabkommen im Reich und in den Ländern werden doch illusorisch, wenn im Gegensatz zu Recht und Gerechtigkeit der Völkerbundsrat ein Votum abgeben sollte, das uns wertvoller Teile des ober-schlesischen Landes beraubt.

Jetzt in letzter Stunde verdient daher auch das Rechtsgutachten des amerikanischen Sachverständigen Miller besondere Beachtung, der u. a. darauf hingewiesen hat, von welchen Grundsätzen sich der Völkerbund bei der Entscheidung über die Malsandfrage hat bestimmen lassen. Obgleich auf den Malsandinseln schwedisch gesprochen wird und die Bevölkerung auch von schwedischer Abstammung ist, hat der Völkerbund sich doch nicht entschließen können, die Malsandinseln von Finnland loszureißen, da eine solche Losreißung nur im alleräußersten Falle, und wenn unbedingte Lebensnotwendigkeiten dahinterstehen, zu geheißen hat. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker ist nicht eine Angelegenheit, nach der man heute gewisse Bevölkerungsanteile und gewisse Landesgebiete bestimmten Ländern zuweisen und sie morgen wieder abtrennen kann. Wenn man diesen Gesichtspunkt berücksichtigt, so kann der Völkerbundsrat gar nicht anders entscheiden, als Oberschlesien bei Deutschland zu belassen, denn hier liegen ja die Dinge noch insofern ganz anders als bei den Malsandinseln, als sich die Mehrheit der Bevölkerung für ein Verbleiben bei Deutschland in der vom Friedensvertrag vorgegebenen Abstimmung entschieden hat, und weil eine Teilung des Landes oder eine Zuteilung an Polen für Oberschlesien geradezu eine Katastrophe bedeuten würde.

### Vertagung der Regierungsbildung?

N. Es läßt sich nicht leugnen, daß durch die sozialdemokratische Anfrage an die Unabhängigen die so dringend notwendige Erweiterung der Regierungskoalition abermals hinausgeschoben worden ist. Die sozialdemokratische Anfrage ist vor allem darum zu beklagen, weil sie bewußt unklar gehalten ist. Sollten die Mehrheitssozialisten bei den Unabhängigen angefragt, ob diese zu einem Eintritt in eine erweiterte Koalition, die von den Unabhängigen bis zur Deutschen Volkspartei reicht, bereit wären, so ließe sich dagegen kaum etwas einwenden. Aber das wird vermieden und so charakterisiert sich die ganze Anfrage lediglich als parteifunktionäres Manöver, das man den widerspenstigen Parteifunktionären schuldig zu sein glaubt. Wir zweifeln nicht an dem Zustandekommen der großen Koalition, aber es kann wahrhaftig dem deutschen Parlamentarismus nicht sehr nützen, wenn jede Regierungsbildung sich unendliche Wochen hinzieht. Gerade in der

gegenwärtigen Situation hätte das vermieden werden müssen. Der Stand unserer Mark erfordert rasches Handeln und eine schnelle Verständigung über die vorliegenden Steuerpläne. Jede Partei, die die Regierungsbildung durch Seitenbränge verzögert, läßt eine große Verantwortung auf sich. Aufzuhalten ist eine Entwicklung nicht, die von unserer ganzen Lage so geblendet ist, wie jetzt die große Koalition im Reich und in Preußen. Zentrum und Demokraten sind sich jetzt darüber klar, daß die Erweiterung der Regierungsbasis gleichzeitig im Reich und in Preußen erfolgen muß. Man kann nur dringend wünschen und hoffen, daß Einsicht und Entschlußkraft auch in den Sozialparteiern wachsen.

### Die Schlange, die sich in den Schwanz beißt.

N. Mit dem 1. Oktober ist das englische sogen. Antidumping-Gesetz in Kraft getreten, das die Einfuhr aus den Ländern mit schwacher Valuta, namentlich also aus Deutschland erschweren soll. Unter Dumping versteht man vor dem Kriege die Schleuderlokalisierung, die Deutschland durch Ausfuhrprämien, Kartellpolitik und ähnliches betrieb. Man bekämpfte sie obwohl sie letzten Endes die deutsche Fertigungsindustrie zugunsten der englischen schädigte. Diese letztere bewachte Wirtschaftspolitik tritt jetzt natürlich und zwangsläufig ein, da die deutschen hohen Löhne in Papiermark immer noch niedriger sind als die fremden in Goldvaluta. Wenn Deutschland aber die Wiedergutmachungskosten zahlen soll, so kann es das nötige Gold nur aufbringen, wenn es Waren ausführt und damit fremde Devisen erwirbt. Je höher also die Reparationsleistungen geschraubt werden, desto höher muß auch die Ausfuhr gesteigert werden. Da aber die Ausfuhr in absehbarer Zeit den für die Wiedergutmachungen erforderlichen Devisenbedarf nicht schaffen kann, muß die deutsche Valuta sinken und dadurch der Wettbewerb mit den anderen Ländern einen Vorprung bekommen. Wenn man auch bei Sinken der Valuta die deutschen Löhne anziehen, so bleiben sie trotzdem hinter denen der valutarstarken Länder zurück. Hat das Antidumping-Gesetz Erfolg, so sinkt die Möglichkeit deutscher Reparationen. Hat es keinen Erfolg, wird die Industrie der Länder geschädigt, die die Reparationen gezahlt erhalten. Der Widerspruch der ganzen Reparationsbedingungen kommt in diesem englischen Gesetz handgreiflich zum Ausdruck. Sie bewegen sich in dem, was die Philosophie einen circulus vitiosus nennt, d. h. sie leiden an einem Widerspruch in sich.

### Konferenzen.

N. Auch in diesem Herbst legt eine Hochflut von internationalen Konferenzen ein. Sobald die Entscheidung des vom Völkerbundsrat gebildeten Birentenausschusses über die ober-schlesische Frage vorliegt, wird - wie es heißt - wiederum der Oberste Rat zusammenberufen werden, um eine endgültige Lösung der Frage herbeizuführen. Am 11. Oktober soll in London eine Konferenz des Rates zur Bekämpfung des Hungers und zum wirtschaftlichen Wiederaufbau beginnen. Der britische Kolonialminister Winston Churchill hat am 24. September in Dundee gleichfalls gefordert, daß sobald wie irgend möglich eine internationale Handelskonferenz zusammentritt, um die verderblichen Folgen der Reparationsentlastung von den Schuldner- und Gläubiger-Ländern abzuwenden. Im November wird dann in Washington die internationale Konferenz über die Abrüstung und den kernen Osten tagen und im Dezember soll in London ein internationaler Valuta-Kongress abgehalten werden, zu dem auch Deutschland geladen werden soll. An Gelegentlichkeiten, die gegenwärtige Lage zu lindern und Anregungen für eine internationale Bekämpfung der Not zu gewinnen, fehlt es also nicht. Eine andere Frage ist es aber, ob sich die Völker der Welt ihre Hände nach den Konferenzen zu entfeindenden Vertretern von den Schaltern frei machen können, welche Vorurteile, kurzfristige Interessenpolitik, Haß und Kränkel über ihre Köpfe geworfen haben.

Seit bald drei Jahren ringen die Völker um die praktische Anerkennung des Grundsatzes, daß alle Teilnehmer und Betroffenen des Weltkrieges, d. h. also alle Völker der Welt mit Einschluß der Neutralen, zusammentreten, um die immer brennender werdenden Fragen zu lösen. Wer sich über die Eintrübung des Tages hinauszuheben vermag, muß schon längst zu der Überzeugung gelangt sein, daß die Frage der internationalen Verschuldung, das Valuta-Problem, die Errettung hungersender Völker und überhaupt der Wiederaufbau der internationalen Wirtschaft ein gemeinsames großartiges Vorgehen aller Länder

reinlage  
ringer)  
886 26.  
g  
nde  
a.  
est-  
cht.  
ert  
rn  
etz.  
en  
offe  
he  
ndliche  
igung  
bung  
al-Firma  
OW  
Reinigung  
9  
185  
g,Markt11  
60.00  
67.50  
60.00  
21.00  
93.00  
und Wan-  
sowohl und  
stid. empf.  
binsfu,  
ab mech.  
effizient  
je 12.  
r.  
Aus  
EL  
Otto-  
sofas,  
ahmen -  
ur aus  
staten  
beltung  
nmer  
und  
onf.  
ren  
ung  
Netze  
in allen  
erreichl.  
tauger  
stabil, wie  
Wasserpilg